



Jugendarbeitslosigkeit ist – ganz wie die Arbeitslosigkeit an sich – keine neue Erscheinung. Neu ist jedoch das Ausmaß, das beide angenommen haben. Generell ist im Laufe unserer Sozialgeschichte die Jugendarbeitslosigkeit stets höher gewesen als die allgemeine Arbeitslosigkeit. Diese Faustregel gilt auch heute noch – mit der Konsequenz, dass die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern vor dem Hintergrund einer hohen allgemeinen Arbeitslosigkeit geradezu dramatische Dimensionen angenommen hat. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf eine ganze Generation junger Arbeitnehmer. Was kann unternommen werden, um dieses Problem zu lösen? Die vorrangigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Eine dauerhafte Lösung muss hier ansetzen und den jungen Menschen Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Wichtig ist ebenfalls die Gestaltung des Übergangs vom Schulsystem in den Arbeitsmarkt. Europäische Kommission und OECD konzentrieren ihre gemeinsamen Anstrengungen auf die Systeme der beruflichen Bildung in mehreren europäischen Ländern. Aber ist Bildung wirklich die einzige Lösung?

Um Möglichkeiten zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit sowie zur Lösung der mit ihr verbundenen Probleme junger Arbeitnehmer zu diskutieren, trafen sich am 18. und 19. September 2014 mehr als 45 führende Gewerkschafter und Fachleute aus 14 Mitglieds- und Beitrittsländern der EU zu einem Seminar in Terme Tuhelje nahe der kroatischen Hauptstadt Zagreb.

Das Seminar – mit dem Titel „Gewerkschaften und Jugendarbeitslosigkeit: Ist Ausbildung der einzige Ansatz zur Lösung der Arbeitslosigkeit?“ – war gemeinsam von der christlichen Gewerkschaft Dänemarks KRIFA (Kristelig Fagbevægelse) und dem europäischen Verband der World Organization of Workers (EO/WOW) in Zusammenarbeit mit EZA sowie mit Unterstützung der Europäischen Union organisiert worden. Den Teilnehmern sollte die Gelegenheit gegeben werden, auf der Grundlage aktueller, von namhaften Experten präsentierter Informationen über die verschiedenen Systeme beruflicher Bildung in Europa eine entsprechend fundierte Sachdiskussion zu führen.

Das Seminar war Teil der EZA-Veranstaltungsreihe zum Schwerpunktthema 2014 „Strategie Europa 2020 und die Situation junger Menschen auf dem europäischen Arbeitsmarkt“.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist mittlerweile doppelt so hoch wie die Arbeitslosenrate in der Gesamtbevölkerung (23,3 % im Vergleich zu 9,3 % im letzten Quartal des Jahres 2012). Die Chancen beschäftigungsloser Jugendlicher auf einen Arbeitsplatz stehen schlecht. Nur 29,7 % der im Jahr 2010 als arbeitslos registrierten jungen Menschen (im Alter zwischen 15 und 24 Jahren) fand bis zum Ende des Jahres 2011 einen Arbeitsplatz.

Und wenn junge Menschen eine Beschäftigung gefunden haben, sind die betreffenden Arbeitsplätze oftmals unsicher und von relativ geringer Qualität. 42,0 % der jungen Arbeitnehmer mussten im Jahr 2012 mit einem befristeten Vertrag Vorlieb

nehmen (das Vierfache des entsprechenden Anteils bei älteren Arbeitnehmern), und 32,0 % gingen einer Teilzeitbeschäftigung nach (fast doppelt so viele wie die älteren Arbeitnehmer).

Junge Menschen mit abgebrochener Schul- oder Berufsausbildung sind besonders hohen Risiken ausgesetzt – 55,5 % der Angehörigen dieser Gruppe sind arbeitslos, während 70 % einen Arbeitsplatz anstreben. Eine große Gefahr besteht darin, dass viele dieser jungen Menschen irgendwann die Flinte ins Korn werfen – 12,6 % der nicht-aktiven, aber an einem Arbeitsplatz interessierten Jugendlichen waren im 3. Quartal 2012 nicht aktiv auf der Suche nach einer Beschäftigung.

12,9 % der jungen Menschen befanden sich im Jahr 2011 weder in einer Schul- oder Berufsausbildung und gingen keiner festen Arbeit nach (die so genannten *NEETs*).

Der europäische Arbeitsmarkt ist darüber hinaus von schweren Missverhältnissen zwischen Kompetenzangebot und Kompetenznachfrage gekennzeichnet. Trotz der Krise sind in den Ländern der EU mehr als 2 Millionen Arbeitsstellen unbesetzt.

Die Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit auf die Lebensumstände der betroffenen jungen Menschen können so dramatisch sein wie die nackten Zahlen: existenzielle Ungewissheit, der Verlust an Selbstvertrauen, das Aufschieben der Gründung eigener Familien (mit den entsprechenden demographischen Konsequenzen), der allmähliche Verlust beruflicher Kompetenz durch einen Mangel an praktischer Erfahrung sowie der Verlust der Fähigkeit, auf der politischen und gesellschaftlichen Bühne selbstbewusst die eigenen Interessen zu vertreten, können die Tendenz zur Marginalisierung von einzelnen Personen und sozialen Gruppen verstärken.

Die Situation in der Europäischen Union hat sich jüngst ein wenig verbessert, ist aber insgesamt immer noch unbefriedigend. Im Juli 2014 waren mehr als 5 Millionen junger Menschen in der EU (im Alter von weniger als 24 Jahren) als arbeitslos registriert – immerhin über eine halbe Million weniger als ein Jahr zuvor.

Die Arbeitslosenrate unter jungen Arbeitnehmern betrug damit 21,7 % im Juli 2014 (Juli 2013: 23,6 %), der niedrigste Stand seit dem September 2011.

Nach der Statistik vom Juli 2014 wurden die niedrigsten Quoten arbeitsloser Jugendlicher in Deutschland (7,8 %), Österreich (9,3 %) und den Niederlanden (10,4 %) verzeichnet, am höchsten waren die entsprechenden Zahlen in Spanien (53,8 %), Griechenland (53,1 %), Italien (42,9 %) und Kroatien (41,5 %, Zahl für Q2 2014).

Woher kommt dieses starke Gefälle der Arbeitslosigkeit innerhalb der EU? Untersuchungen haben gezeigt, dass ein höheres Niveau schulischer und beruflicher Bildung die Chancen junger Menschen auf einen Arbeitsplatz deutlich erhöht. Das duale Ausbildungssystem – die Kombination von schulischer und berufsbezogener Bildung – ist, wie die Beispiele aus Deutschland und den Niederlanden demonstrieren, ein wirksames Instrument zur Steigerung der Arbeitsmarktchancen junger Menschen. Fachleute warnen allerdings, dass eine lange Zeit zum Aufbau eines solchen Systems erforderlich ist: die verschiedenen Organe von Staat und Regierung, die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften und die regierungsunabhängigen Organisationen müssen lernen, ihre einschlägigen Bemühungen miteinander zu koordinieren. Eine solche Zusammenarbeit braucht Zeit, um zu wachsen – die Systeme in Deutschland und den Niederlanden haben sich im Laufe vieler Jahre entwickelt.

Welchen Beitrag können die Gewerkschaften zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und speziell der Jugendarbeitslosigkeit leisten? Sollten die Gewerkschaften an ihrer traditionellen Rolle als Vorkämpfer und Verteidiger von Rechten der arbeitenden Bevölkerung (der Menschen mit einem Arbeitsplatz) festhalten oder sich stärker als bisher im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit engagieren? Sollten die Gewerkschaften sich damit begnügen, Regierung, Arbeitgeber und Parteien für die aktuelle Situation verantwortlich zu machen, oder haben sie die Aufgabe, bei der Lösung der betreffenden Probleme selbst Verantwortung zu übernehmen und sich auf verschiedenen Ebenen der Zusammenarbeit einzubringen?

Die Teilnehmer des Seminars vertraten einhellig die Meinung, dass die Gewerkschaften einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (bzw. der Arbeitslosigkeit allgemein) zu leisten hätten, da es gelte, langfristigen Schaden von der Gesellschaft abzuwenden. Wertorientierte Gewerkschaften wie die Mitgliedsorganisationen der WOW, so wurde argumentiert, könnten die Ausgrenzung junger Menschen und Arbeitnehmer bzw. ihren Ausschluss aus Arbeitsmarkt und Gesellschaft nicht tatenlos hinnehmen.

In einem ersten Schritt müssten die Gewerkschaften auf arbeitslose Jugendliche außerhalb ihres eigenen Umfeldes zugehen und ihren Anliegen Gehör schenken. Die Gewerkschaften müssten dabei zeitgemäße soziale Medien – Websites, Blogs usw. – entwickeln und direkt mit den betroffenen jungen Menschen in Kontakt kommen. Arbeitnehmerorganisationen hätten die Aufgabe, den arbeitslosen jungen Menschen bei Schul- und Berufsausbildung sowie auf dem Arbeitsmarkt Orientierungshilfe zu leisten. Auf Arbeitgeber und Regierungen müsse Druck zur wirksameren Verzahnung von Bildungssystem und Arbeitsmarkt ausgeübt werden. Gewerkschaften hätten konkrete Schritte zur Aufrechterhaltung der Solidarität zwischen den Generationen zu ergreifen: junge und ältere Arbeitnehmer müssten gemeinsam nach Lösungen ihrer Probleme suchen.

Absoluter Vorrang sei dabei der Investition in die Schaffung von Arbeitsplätzen einzuräumen, im öffentlichen Dienst ebenso wie in privaten Betrieben. Gewerkschaften hätten alle Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze durch private wie öffentliche Investitionen zu berücksichtigen.

Besonderes Augenmerk habe hierbei denjenigen jungen Menschen zu gelten, die ihre Arbeitslosigkeit durch den Schritt in die Selbständigkeit zu überwinden suchten. Es sei die Pflicht der Gewerkschaften, diese jungen Menschen durch Schaffung neuer Wege zu einer Integration in das soziale Sicherungssystem (Krankenversicherung, Sozialversicherung usw.) zu unterstützen.

Die Seminarteilnehmer kamen zusammenfassend zu dem Schluss, dass die Gewerkschaften ihre gesellschaftliche Rolle ändern und sich von einer Nothilfe-Organisation für Arbeitnehmer zu einer Allround-Interessenvertretung für Arbeitnehmer und Arbeitslose, für Teilzeitarbeiter, für Selbständige usw. entwickeln müssten. Gewerkschaften seien nicht allein dafür da, Probleme zu bereinigen, sondern auch dafür, um in guten Zeiten dem Entstehen entsprechender Probleme entgegen zu wirken.